



5/2012

1. Koalitionsausschuss mit guten Ergebnissen

In seiner ersten Sitzung in diesem Jahr hat der Koalitionsausschuss aus CDU, CSU und FDP in großer Einigkeit weitere Beschlüsse zur Sicherung und Stärkung des Wachstums, für solide Finanzen und zur Unterstützung des Zusammenhalts in unserem Land gefasst. Im Einzelnen wurde folgende Themen vorangebracht: Der Koalitionsausschuss hat zunächst ein rechtspolitisches Paket geschnürt, mit dem wichtige Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden: Im Jugendstrafrecht soll es den sogenannten Warnschussarrest geben und die Höchststrafe für jugendliche Mörder wird auf 15 Jahre angehoben. Die Kronzeugenregelung wird künftig auf die Fälle begrenzt, in denen die Offenbarung des Täters mit einer eigenen Straftat im Zusammenhang steht. Ebenfalls neu geregelt werden soll das gemeinsame Sorgerecht nicht verheirateter Eltern, bei dem wir die Rechte der Väter stärken und vor allem das Wohl der Kinder im Blick haben. Zügig abgeschlossen werden jetzt zudem die Beratungen über den Gesetzentwurf zur Stärkung der Pressefreiheit im Straf- und Strafprozessrecht. Unter Strafe steht künftig die gewerbsmäßige Vermittlung von Sterbehilfe. Einen weiteren Schwerpunkt des Koalitionsausschusses bildete der Fahrplan 2012 zur Umsetzung unseres ehrgeizigen Energiekonzepts. Für sämtliche wichtigen Bereiche wurden konkrete Inhalte und zeitliche Umsetzungsziele vereinbart. Schwerpunkte liegen im Bereich der Netze, der erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz, der Wettbewerbsstärkung und dem Kraftwerks- und Speicherbau. Eine stabile Versorgung ist ebenso wichtig, wie Finanzierung und Steuerung der Energiewende. Hier geht es etwa um die ausreichende Ausstattung des Energie- und Klimafonds sowie die Arbeit des Steuerungskreises und der Monitoring-Kommission. Mit der 8. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verlängern wir die besondere Missbrauchsaufsicht im Energiesektor ebenso bis 2017 wie das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis. Dies sind gute Botschaften für die Verbraucher. Außerdem harmonisieren wir das deutsche mit dem europäischen Fusionsrecht und unterstützen kartellrechtlich den Strukturwandel im Pressesektor. Im Urheberrecht setzten wir die Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag um, dass Verlage im Online-Bereich nicht schlechter gestellt werden sollen als andere sogenannte Werkvermittler. Daher müssen gewerbliche Anbieter im Netz (z. B. Suchmaschinenanbieter) künftig für die Verbreitung von Presseerzeugnissen ein Entgelt an die Verlage zahlen. Die private Nutzung von Presseerzeugnissen im Internet wird nicht vergütungspflichtig. Gleiches gilt für die gewerbliche Wirtschaft. Ebenfalls im Koalitionsvertrag zugesagt war, dass wir Verbraucher bei Finanzprodukten besser vor vermeidbaren Verlusten und vor fehlerhafter Finanzberatung schützen. Speziell zur Erfüllung dieser Aufgabe erhält die Stiftung Warentest künftig zusätzlich 1,5 Mio. Euro pro Jahr. Im Bereich der Bildungspolitik streben wir noch in dieser Legislaturperiode eine Grundgesetzänderung an. Mit der vom Koalitionsausschuss vorgelegten Formulierung sollen Bund und Länder künftig im Bereich der Wissenschaftsförderung nicht nur bei Projekten, sondern auch bei der institutionellen Förderung von Hochschulen zusammenwirken können. Ebenfalls beschlossen wurde, in den kommenden Wochen das Wissenschaftsfreiheitsgesetz auf den Weg zu bringen, um z. B. Unternehmensbeteiligungen und Ausgründungen zu verbessern. Weit über den Tag hinaus hat der Koalitionsausschuss geblickt, als er die Eckpunkte für eine Demografiestrategie beraten hat. Weil sich unser Land durch die Veränderung der Bevölkerungszahl und -zusammensetzung spürbar verändern wird, wird die Bundesregierung noch im Frühjahr ihre Demografiestrategie beschließen. Darin geht es um mehr Zeitsouveränität für Familien, qualifiziertes und gutes Arbeiten, selbstbestimmtes Leben im Alter, Lebensqualität für Stadt und Land sowie die Sicherung unserer Grundlagen für Wachstum und Wohlstand.

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de

2. Durchbruch beim Thema Organspende

Bei den Gesprächen zur Förderung der Organspendebereitschaft, die auf unsere Initiative hin stattfanden, ist jetzt ein Durchbruch erzielt worden. Die vereinbarte Entscheidungslösung, die alsbald auf den parlamentarischen Weg gebracht werden soll, ist fraktionsübergreifend konsensfähig und lässt sich wie folgt beschreiben: Künftig werden alle Deutschen regelmäßig von ihren Krankenkassen per Post angeschrieben, über die Organspende informiert und zur Abgabe einer Erklärung über ihre Organspendebereitschaft aufgefordert. Dies geschieht erstmalig im Laufe des ersten Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes, dann nach weiteren zwei Jahren und nach der Aufforderung im Jahr 2017 alle fünf Jahre. Darüber hinaus sollen die Behörden bei der Ausgabe von amtlichen Ausweisen wie dem Reisepass oder Führerschein Informationen zur Organspende ausgeben. Wichtig ist, dass die Erklärung in jedem Fall freiwillig erfolgt. Es geht nicht um Zwang, sondern darum, die Menschen von der Notwendigkeit zur Organspende zu überzeugen. Insofern besteht auch keine Rückmeldepflicht. Die für die elektronische Gesundheitskarte Verantwortlichen werden per Gesetz beauftragt, Lösungen zu entwickeln, um die Entscheidung der Versicherten zur Organspende auf der Karte speichern zu können. Dabei sollen die Krankenkassen ihre Versicherten auch im Rahmen eines postalischen Rückmeldeverfahrens unterstützen können. Bis Mitte 2013 muss dem Bundesministerium für Gesundheit ein entsprechender Bericht zur Umsetzung vorgelegt werden.

3. Bessere Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung

Aktuell wird die Gesetzesänderung zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung beraten, mit dem wir die Förderung von Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) moderat ausweiten. KWK-Anlagen sollen bis 2020 einen 25%-Anteil an der gesamten Stromerzeugung erreichen. Unter anderem soll der Fördersatz für den noch stockenden Wärmenetzausbau von 20 auf 30% angehoben werden. Neu ist auch eine Förderung des Neu- und Ausbaus von Wärmespeichern, die es KWK-Anlagen erlauben, zeitweise stärker stromgeführt betrieben zu werden und so die fluktuierende Einspeisung aus erneuerbaren Energien auszugleichen.

4. Kommunalfreundliche Strategie zeigt Wirkung

Die Koalition hat sich zu Beginn der Legislaturperiode das Ziel einer Stärkung der Finanzkraft der Kommunen gesetzt. Die gezielt kommunalfreundliche Politik der Bundesregierung zeigt Wirkung. Mit der guten Konjunktur und der schrittweisen Umsetzung der Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission ist für das laufende Jahr 2012 mit einem Überschuss von über 2 Mrd. Euro zu rechnen. Das sind gute Aussichten für die Städte, Gemeinden und Landkreise. Durch das enorme Engagement des Bundes verändert sich sogar die Interpretation des Zahlentableaus der am 14. Februar 2012 veröffentlichten Prognose. So geschieht die Entlastung der Kommunen bei der Altersgrundsicherung durch eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes (Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen). Deshalb weist der Deutsche Städtetag zu Recht darauf hin, dass diese Entlastung nicht bei den Sozialausgaben sichtbar werde, sondern zu höheren Einnahmen der Kommunen führt. Die Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes für bedürftige Kinder wiederum führt bereits seit 2011 zu höheren Sozialausgaben der Kommunen, die aber vom Bund in voller Höhe gegenfinanziert werden und deshalb ebenfalls als Einnahmen in der Kommunalfinanzstatistik auftauchen. Hintergrund: Nach der aktuellen Prognose der kommunalen Spitzenverbände erwarten die Kommunen 2012 einen Haushaltsüberschuss von mehr als 2 Mrd. Euro. Bereits das kommunale Jahresdefizit von 2011 ist nach Angaben der Spitzenverbände gegenüber dem Jahr 2010 von 7,7 Mrd. Euro auf 2,5 Mrd. Euro zurückgegangen. Demnach sind die Einnahmen 2011 um rund 10,2 Mrd. Euro bzw. 5,9 Prozent auf 184,7 Mrd. Euro gestiegen. Die Ausgaben erhöhten sich 2011 um 5 Mrd. Euro bzw. 2,7 Prozent auf 187,2 Mrd. Euro. Die Gebühreneinnahmen in den Kommunalhaushalten werden in 2011 um 2,6 Prozent und in 2012 um 1,9 Prozent steigen. Von einer überproportionalen Kostenverlagerung auf die Bürger kann gemessen an der vom Statistischen Bundesamt ermittelten Inflationsrate in Höhe von 2,3 Prozent in 2011 keine Rede sein.

5. Cajus Caesar setzt sich für Deutsches Ressourceneffizienzprogramm ein

Eine sichere und ausreichende Rohstoffversorgung ist unabdingbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen – dies gilt in ländlichen Regionen wie Lippe ebenso wie im Rest der Republik. Cajus Caesar setzt sich auf Bundesebene für eine bessere Versorgung ein und hat den Antrag „Deutsches Ressourceneffizienzprogramm – ein Baustein für nachhaltiges Wirtschaften“ mit initiiert. „Besondere Bedeutung hat, neben der Erschließung neuer Rohstoffvorkommen, die Steigerung der Ressourceneffizienz“, erklärt Caesar sein Engagement. Um auf nationaler Ebene eine nachhaltige und effiziente Nutzung von Ressourcen zu forcieren, leistet das geplante Deutsche Ressourceneffizienzprogramm einen wichtigen Beitrag. Ein besonderes Anliegen Caesars ist es, die Beeinträchtigung der Umwelt durch Rohstoffgewinnung und -verarbeitung zu minimieren und die Ressourcennutzung in Deutschland weiter zu optimieren. „Der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg, der vor allem auf Anreize und freiwillige Instrumente, auf Information sowie Forschung und Entwicklung zielt, muss dabei konsequent fortgesetzt werden.“ Dabei sieht Cajus Caesar vor allem die spezielle Relevanz für Lippe: „Unsere Region hat in den Bereichen Umweltschutz und Energieeffizienz Vorbildcharakter. Daher sind mir Nachhaltigkeit, Effizienz und Klimaschutz im Bereich der Rohstoffnutzung besonders wichtig. Unter diesen Prämissen muss die Rohstoffversorgung für unsere Unternehmen gesichert sein.“

6. „Jugend forscht“ in Cajus Caesars Bundestagsbüro

Gleich zwei interessierte politische Talente aus Lippe waren in diesen Wochen zu Gast in Cajus Caesars Bundestagsbüro. Friederike Pries aus Lemgo gewann als Praktikantin Einblicke in das Tagesgeschäft eines Abgeordneten und mit Friedrich Kamp aus Enger besuchte ein bekanntes Gesicht das Berliner Team. Der Stipendiat wird von Cajus Caesar im Rahmen der Zukunftsakademie der CDU NRW über zwei Jahre begleitet. „Junge, engagierte Menschen sind ein Gewinn für die Politik. Ich freue mich, Friederike und Friedrich die politische Arbeit im Deutschen Bundestag näher bringen zu können.“ Der Nachwuchs zeigt sich begeistert: „Vor allem die Teilnahmen an Cajus Caesars Ausschüssen und den Plenumsitzungen war für mich spannend“, erklärte Friederike Pries. Friedrich Kamp freut sich vor allem über den regen Austausch mit seinem Mentor: „Durch den konsequenten Austausch und den regen Kontakt mit einem Bundestagsabgeordneten sammelt man ganz neue, spannende Erfahrungswerte.“ Politik live erleben – ein gelungenes Projekt.



Mit freundlichen Grüßen

Ihr Cajus Caesar

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de